

23./I 1918.

23
41

Beratungen des Hauptausschusses. Die Vorgänge in Oesterreich. — Das Verbot des „Vorwärts“. — Zensurfragen.

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Hauptausschusses des Reichstags wurde von seiten des Unterausschusses für Zensurfragen angeregt, die Sitzung ausfallen zu lassen, um dem Unterausschuß die Fortführung der Zensurerörterung zu ermöglichen. Gegen die Anregung wandte sich Abg. Ebert (Soz.) unter Hinweis auf das von den Zensurbehörden verfügte Erscheinungsverbot des „Vorwärts“ wegen Mitteilungen über die

Vorgänge in Oesterreich:

diese Dinge machten eine sofortige Besprechung notwendig. Der Hauptausschuß pflichtete der Ansicht des Abg. Ebert bei. Nach Eintritt in die Beratung erklärte Abg. Ebert (Soz.): Das Verbot des „Vorwärts“ setzt allen Zensurmaßnahmen die Krone auf. Während wir hier in Ruhe verhandelt haben, haben sich in Oesterreich und Ungarn hochpolitische Ereignisse abgespielt. Dort ist es im Anschluß an die Herabsetzung der Mehl- und Brotzation zu Ausständen gekommen, die sehr bald politischen Charakter angenommen und sich u. a. auch gegen das Auftreten des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk gewandt haben.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat auf Rückfrage hin Näheres darüber nicht mitteilen können, während dagegen die übrige Welt genaue Kenntnis von den Vorgängen erhielt. Woher soll das Vertrauen zu den deutschen Behörden kommen, wenn das politische Leben in Händen der Militaristen liegt! Während schließlich andere Zeitungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn berichten konnten, ist der „Vorwärts“ wegen seiner Berichterstattung verboten worden. Das ist eine starke Herausforderung der Sozialdemokratie. Der Deutsche Reichstag ist es seiner Würde schuldig, gegen die Beeinträchtigung der Freiheit der Berichterstattung der Presse energisch Stellung zu nehmen.

Major Grau vom Kriegsministerium: Im Hinblick auf die widersprechenden Meldungen aus Oesterreich-Ungarn ist ein vorläufiges Verbot der Berichterstattung erfolgt, das gestern nachmittags bereits wieder aufgehoben worden ist. Trotz entsprechender Zusage hat der „Vorwärts“ die Zensurbestimmungen durchbrochen. Das Verbot ist übrigens nicht vom Kriegsminister ausgegangen.

Abg. Erzberger (Z.) verlangte Aussetzung der Beratungen, damit der Kriegsminister und Vertreter des Auswärtigen Amtes geladen werden und erscheinen könnten. Wir wissen nicht, wie es in Oesterreich aussieht, und bevor wir die dortigen Vorgänge weiter erörtern, müssen wir von amtlicher Stelle Auskunft darüber erhalten.

Abg. Scheidemann (Soz.) bestritt, daß der „Vorwärts“ Zensurbestimmungen übertreten habe; das Blatt sei verboten worden, weil es die Rede des österreichischen Genossen Viktor Adler nachgedruckt habe. Das sei unerhört und

ein Spiel mit dem Feuer.

Staatssekretär Ballraj hielt es im Augenblick nicht für möglich, die aufgeworfenen Fragen in ihrer weittragenden Bedeutung zu klären und dazu endgültige Erklärungen abzugeben. Die Vorgänge in Oesterreich würden wohl zweckmäßiger im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers am Donnerstag behandelt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Fehrenbach, unterstützte diese Auffassung und schlug vor, die Beratungen zwei Stunden zu unterbrechen und den Unterausschuß für Zensurfragen tagen zu lassen, alsdann nur das Verbot des „Vorwärts“ und die Zensurfragen zu erörtern, dagegen die Besprechung der österreichischen Vorgänge bis nach der Reichskanzlerrede zurückzustellen.

Dieser Vorschlag wurde, nachdem sich Abg. Haase (U. Soz.) kurz dazu geäußert hatte, vom Hauptausschuß angenommen.

Nach Wiederaufnahme der unterbrochenen Sitzung des Hauptausschusses machte Unterstaatssekretär v. dem Busche vertrauliche Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn und gab auf Anfragen weitere Auskünfte.

Hierauf ergänzte Major Grau seine Ausführungen über das Verbot des „Vorwärts“. Obwohl die Redaktion am 20. ausdrücklich an das bestehende vorläufige Verbot erinnert war, erschienen dennoch am folgenden Morgen zwei Artikel, die das Zensurverbot durchbrachen. Die Auffassung, daß es sich tatsächlich